

Anforderungen der Agenda 21 aus Kapiteln, die die Abfallwirtschaft tangieren

von Dr. Norbert Kopytziok

Auszug aus: Kopytziok, Norbert: Abfall und nachhaltige Entwicklung. Globale Aspekte für die regionale Umweltplanung auf der Grundlage stoffstrombezogener Prozessbeobachtungen. Rhombos-Verlag, Berlin 2000

Neben den Kapiteln 20 und 21 der Agenda 21, die zentral die Aspekte der Abfallwirtschaft behandeln, wird die Abfallwirtschaft in den Kapiteln 4, 6 und 7 tangiert. Im Folgenden werden diese drei Kapitel der Agenda 21 kurz umrissen und der Bezug zur Abfallwirtschaft aufgezeigt.

Kapitel 4: Veränderung der Konsumgewohnheiten

Bei der Veränderung der Konsumgewohnheiten geht es um die schwerpunktmäßige Erfassung nicht-nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten sowie um die Entwicklung einer nationalen Politik und nationaler Strategien, um eine Änderung nicht-nachhaltiger Verbrauchsgewohnheiten herbeizuführen. Dabei ist die Abfallwirtschaft gefordert, Mittel und Wege zur Lösung des Problems der Entsorgung zu finden. Die Regierungen sollen in Zusammenarbeit mit der Industrie, dem Gewerbe und den Haushalten gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Abfälle und Abfallprodukte zu vermeiden, und zwar durch:

1. Förderung des Recyclings auf Produktions- und Verbraucherebene;
2. Vermeidung aufwendiger Verpackungen;
3. Begünstigung der Einführung umweltverträglicher Produkte.

Kapitel 6: Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit

Der Schutz und die Förderung der menschlichen Gesundheit geschieht in dem Bewusstsein, dass Gesundheit und Entwicklung in einer engen Wechselbeziehung zueinander stehen. Die primäre Gesundheitsvorsorge ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele nachhaltiger Entwicklung und basisorientierten Umweltschutzes. Das Kapitel 6 der Agenda 21 umfasst fünf Programmbereiche. In dem Programmbereich „*Reduzierung der durch die Umweltverschmutzung bedingten Gesundheitsrisiken und Gefährdungen*“ wird die Abfallwirtschaft aufgefordert, bei der Entwicklung von Technologien zur Entsorgung fester Abfälle gesundheitsbezogene Risikoabschätzungen zu berücksichtigen. Außerdem ist insbesondere in großen Städten dafür Sorge zu tragen, eine ausreichende Kapazität zur Entsorgung von Abfallstoffen verfügbar zu haben, um hygienischen Gesundheitsbelastungen vorzubeugen.

Kapitel 7: Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung

Oberstes Ziel der Siedlungspolitik ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und der Umweltqualität in städtischen und ländlichen Siedlungen sowie in der Lebens- und Arbeitswelt aller Menschen, insbesondere der städtischen und ländlichen Armutsgruppen. Die Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung bezieht sich daher auf den Wohnungsbau sowie auf die siedlungsbezogene Infrastruktur. Dazu zählen die Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, die Kanalisation und die Abfallentsorgung. Prinzipiell gilt es dabei, ein Handlungskonzept festzulegen, das Umweltschäden so gering wie möglich hält oder von vornherein vermeidet.

Fazit

Für die Abfallbehörden in Deutschland konnte kein dringender Handlungsbedarf zur Erfüllung der in der Agenda 21 aufgeführten Anforderungen festgestellt werden. Insbesondere können die Anforderungen, die die *Entsorgungssicherheit* betreffen, als gängige Praxis angesehen werden. Ansatzpunkte für weiter gehende Maßnahmen im Sinne der Agenda 21 liegen im *Informations- und Kooperationsbereich* sowie bei der Erstellung und Umsetzung *integrierter Umweltschutzkonzepte*.

Der *Informationsbereich* kann durch den Auf- und Ausbau des Abfallwirtschaftlichen Informationssystems (AWIS) sowie durch die Nutzung des Internet verbessert werden. Darüber hinaus wäre zu überlegen, inwieweit sich die Landesumweltämter an internationalen Gremien beteiligen sollten. Denkbar wären beispielsweise das Netzwerk der EU für die Ausführung und Durchsetzung von Umweltrecht (IMPEL) oder die Gruppe von Lissabon, in der sich renommierte Wissenschaftler aus aller Welt über neue Formen vernetzten Wirtschaftens Gedanken machen.

Eine rechtzeitige und ergebnisoffene *Kooperation*, mit einem wirklichen Interesse an den Positionen anderer staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen, kann als generelle Anforderung an alle Beteiligten gerichtet werden. Hierfür wären Lehrgänge zum Umgang mit Methoden der Beteiligungsformen hilfreich.

Zur Förderung *integrierter Umweltschutzkonzepte* sollten die bedürfnis- und produktbezogenen Ansätze zur Vermeidung von Umweltbelastungen auf allen Stufen des Produktlebensweges weiterverfolgt werden. Die Agenda 21 fordert, dass dabei der Problemkontext, der sich bisher auf ökologische Aspekte bezog, um soziale und ökonomische Kriterien erweitert wird. Im Grundsatz hat die Bundesregierung im Rahmen der Festlegung ihrer umweltpolitischen Langzeitziele, durch die Stoffoptimierung bei Produktionsanlagen, durch stoffwirtschaftliche Maßnahmen und durch Umsetzungsprogramme zum Abfallminderungsgebot bis zum Jahr 2010 eine solche Weichenstellung angedeutet.